

Chile nach dem Pinochet-Referendum

Als die *chilenischen Bischöfe* den Staatspräsidenten, General *Augusto Pinochet*, im März vergangenen Jahres mit ihrer Grundsatzerklärung „Unser nationales Zusammenleben“ (HK, Mai 1977, 227) an eine ihrer Meinungen nach anstehende Liberalisierung des Regimes im Sinne einer Rückkehr zu demokratischen politischen Strukturen erinnerten, glaubten sie (zu Recht), sich damit zum Sprecher der breiten Opposition im Volke gemacht zu haben. Die chilenische Bevölkerung hatte seit mehr als drei Jahren die restriktiven Bestimmungen des Ausnahmezustandes ertragen, und vor allem die ärmeren Schichten litten unter der von wachsender Arbeitslosigkeit, immer noch hoher Inflationsrate und niedrigen Löhnen gekennzeichneten Wirtschaftsmisere, die 1976/77 das Ausmaß einer Hungersnot erreichte. *Oppositionelle Strömungen* im Volk wurden mit den gleichen Mitteln unterdrückt wie in der ersten Phase nach dem Sturz Allendes im September 1973. Verhaftungen, Deportationen an unbekannte Orte und auch physische Mißhandlungen Gefangener hielten – wenn auch in geringerem Umfang – nach Aussagen von Betroffenen sowie internationalen und kirchlichen chilenischen Stellen an. Diese bedrückende Lage bewog die Bischöfe in ihrer Erklärung, für die Achtung der Menschenrechte, die Wiedereinführung rechtsstaatlicher Garantien auf demokratischer Grundlage (nach 150 Jahren demokratischer Tradition in Chile) und eine die Arbeiter und Bauern nicht länger benachteiligende Wirtschaftspolitik einzutreten.

Referendum „gegen den äußeren Feind“

Neun Monate später konnte General Pinochet einen gleichermaßen *außen- wie innenpolitischen Erfolg* verbuchen: Am 4. Januar ließ er unbeirrt von ungewöhnlich starkem und öffentlich manifestiertem Widerstand in den eigenen Reihen eine „Volksbefragung“ durchführen, bei der drei von vier Chilenen für Pinochet als den „Verteidiger der Würde Chiles“ stimmten. Es spricht für das politische Gespür des Generals, daß er die letzte und massivste Verurteilung Chiles durch die Vereinten Nationen im Dezember (98 Länder, darunter auch die Bundesrepublik, stimmten gegen Chile) nicht einfach als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates zurückwies, sondern sie durch eine Volksbefragung propagandistisch aufwertete und so Empörung im Volk weckte oder schürte. Das im Alleingang von Pinochet initiierte „Referendum gegen den äußeren Feind“ stieß innerhalb der Junta und der Streitkräfte (Marine und Luftwaffe) auf starke Bedenken. Die einfacher Demagogie entspringende *Vermengung von*

Patriotismus und Regime-Politik in der Formulierung des Referendum-Textes („Angesichts der internationalen Aggression gegen die Regierung unseres Vaterlandes unterstütze ich Präsident Pinochet in seiner Verteidigung der Würde Chiles, und ich bekräftige erneut die Legitimität der Regierung der Republik in ihrer souveränen Leitung des Institutionalisierungsprozesses im Lande“) erwies sich jedoch paradoxerweise als ebenso durchsichtig wie wirksam und zwingend.

So entlarvend das Verfahren (Vernichtung der alten Wahllisten, obligatorische Stimmabgabe, propagandistische Gestaltung der Wahlzettel) und der Text selbst in den Augen der Kritiker aus den eigenen Reihen, der chilenischen Opposition und der Weltöffentlichkeit auch scheinen mochten, der Mann aus dem Volke wollte patriotisch und mußte Pinochet wählen, wenn er nicht als schlechter Chilene gelten wollte. Die katholische Chilenische Bischofskonferenz, deren neuer Vorsitzender, Erzbischof *Francisco de Borja Valenzuela Ríos* von San Felipe, persönlich gut mit Präsident Pinochet bekannt ist, riet ohne Erfolg von der Durchführung des Referendums mit eben dem Argument ab, es klassifiziere das Volk in Patrioten und Nichtpatrioten und könne der Einheit des Volkes schweren Schaden zufügen.

Das *Verhalten der chilenischen Opposition* vor der Volksbefragung hat wohl eher zum Sieg Pinochets beigetragen, als daß es ihn Stimmen gekostet hätte. Sozialisten und Christdemokraten riefen die Bevölkerung auf, mit Nein zu stimmen. Neben berechtigter Kritik an der Methode Pinochets, außen- und innenpolitische Fragen, das Vaterland und seine autoritäre Politik auf höchst zweifelhafte, demagogische Art zu koppeln, nutzte die verbotene Opposition die Gelegenheit zu einer pauschalen Abrechnung mit dem „Unrechtsregime“. Die Christdemokraten, ohnehin im Verdacht, den Weg für die Volksfront Allendes – wenn auch ungewollt – bereitet zu haben, setzen offenbar seit einiger Zeit, unterstützt durch die Pinochet-feindliche Stimmung im Ausland, auf totale Konfrontation mit dem Regime. Während die katholischen Bischöfe in ihrem Brief an die Junta die UN-Resolution kritisch erwähnen („Wir billigen die Haltung der Vereinten Nationen, die wir als diskriminierend ansehen, nicht...“ Zit. nach Mensaje Januar/Februar 1978), verzichteten die Christdemokraten auf eine Auseinandersetzung mit der in der Tat einseitigen Chile-Politik der Vereinten Nationen. So konnten die Oppositionspolitiker (Exilstimmen des Volksfrontbündnisses aus Caracas und Ost-Berlin verstärkten diesen Eindruck) unversehens in das Zwielficht geraten, mit den „Feinden“ im Ausland gemeinsame Sache zu machen und damit „unpatriotisch“ zu sein.

In ihren das hohe Stimmenergebnis für General Pinochet analysierenden Kommentaren zog vor allem die spanische Presse Parallelen zur eigenen Landesgeschichte: Über Jahre habe sich die massive Franco-feindliche Stimmung im Ausland als innenpolitisch stabilisierender Faktor erwiesen. Wie seinerzeit der spanische Caudillo wandte Pinochet die Gesetze der Massenpsychologie an; er münzte ausländische Regime-Kritik in demütigende Angriffe der Feinde von außen auf das chilenische Volk um („Das Opfer ist Chile, immer Chile und nur Chile“ – Pinochet bei der Ankündigung des Referendums am 21. 12. 77); der daraufhin eintretende Solidarisierungseffekt wurde durch propagandistische, das Selbstbewußtsein des Volkes hebende Komplimente verstärkt. Nach diesem psychologischen Raster werden Oppositionelle folgerichtig zu Nestbeschmutzern: „Man trägt Informationen ins Ausland, die falsch sind. Und selbst wenn sie wahr wären – man braucht draußen nicht zu sehen, was bei uns passiert. Die schmutzige Wäsche wird zu Hause gewaschen, meine Herren“ (Präsident Pinochet am 23. 11. 77 vor Delegierten der Syndikate; zit. nach DIAL Nr. 413, 5. 1. 78).

Institutionalisierung durch Restriktionen

Das *Wecken nationaler Gefühle* mittels eines äußerst geschickten politischen Manövers brachte dem chilenischen Präsidenten 4173 547 Ja-Stimmen von abgegebenen 5 542 581 Stimmen (Angaben des Chilenischen Innenministeriums) und damit den Anschein der Legitimität. Eine freie Volksabstimmung über die Regierungspolitik hätte sicherlich zu anderen Ergebnissen geführt. Zieht man für das vergangene Jahr, das fünfte unter militärischer Herrschaft, Bilanz, so ergeben sich Fakten und Entwicklungen, die in der Diskussion um das Referendum verfälscht wurden oder weitgehend unberücksichtigt blieben. In diesem Zeitraum konzentrierte die chilenische Regierung offensichtlich alle Kräfte auf die *Ankurbelung der Wirtschaft* und eine innenpolitische Konsolidierung im Zeichen nachlassender repressiver Gewalt, die jedoch keineswegs mit dem Verzicht auf bisher verfolgte restriktive ordnungspolitische Vorstellungen gepaart war. Ebenso wie andere Länder des amerikanischen Subkontinents (Bolivien, Ecuador, Peru, Uruguay) stellte die chilenische Militärjunta, wenn auch mit recht vagen Worten, eine Öffnung des Regimes in Aussicht, der die Rückkehr zur Demokratie folgen solle. Die bereits als Schlagwort eingeführte, nebulöse „*Neue Demokratie*“ werde, so präzisierete General Pinochet in öffentlichen Reden, eine „autoritäre Demokratie“ und etwa bis 1985 verwirklicht sein. Die demokratisch gesonnene Bevölkerung Chiles setze allerdings nicht allzu große Hoffnungen in das Demokratieverständnis des Generals, meinte die Jesuitenzeitschrift „*Mensaje*“ (Santiago) zum Jahresbeginn. „Es kommt einem Selbstbetrug gleich, wenn man eine gewisse Form von ‚Demokratie‘, eine mit Attributen versehene Demokratie... anstrebt, denn letztlich handelt es sich dabei um eine ‚Demokratie‘, die das autoritäre Regime in subtilerer

Weise fortsetzt... Das Regime scheint kein Vertrauen in demokratische Prozesse und in die Reife des Volkes zu politischen Entscheidungen zu haben... Der Glaube an die Demokratie ist wichtig, denn sie ist schwer zu verwirklichen, wenn man nicht an sie glaubt“ (Mensaje, Januar/Februar 1978).

Wie jedes durch Umsturz an die Macht gekommene Militärregime versucht auch die chilenische Junta, einen *Prozeß der „Institutionalisierung“* in Gang zu bringen, der den Staat und seine politische Führung konsolidieren soll. Im vergangenen Jahr beschränkte die Junta ihre diesbezügliche Aktivität auf die Einrichtung einer Studienkommission, die – so „*Mensaje*“ – „mit großer Langsamkeit Projekte für die Artikel der zukünftigen *Verfassung* vorbereitet“. Sonstige Veränderungen juristisch-institutioneller Art hatten eher restriktiven Charakter: Am 12. März 1977 wurden bisher „im Rezeß befindliche“ Parteien, darunter Sozialisten und Christdemokraten, per Regierungsdekret aufgelöst. Gleichzeitig verbot die Junta unter Androhung hoher Strafen jede parteipolitische Aktivität. Am 11. März schränkten die Militärs mit dem „Bando 107“ die *Pressefreiheit* weiter ein, indem sie den Druck, Vertrieb oder Import neuer Publikationen von der vorherigen Genehmigung durch die militärischen Behörden abhängig machten. Am 13. August wurde die im Kampf gegen „subversive“ Menschen, Ideen und Institutionen erfolgreich operierende Geheimpolizei *DINA* unter dem Druck der Öffentlichkeit aufgelöst, nachdem seit dem Militärputsch gegen Allende zahlreiche „Unregelmäßigkeiten“ und Übergriffe dieser staatlichen Einrichtung bekannt geworden waren, die über die ohnehin freizügigen Bestimmungen des Ausnahmezustandes hinausgingen. Gleichzeitig schuf die Junta das *Nachfolgeorgan CNI*, das unauffälliger operiert und unter rechtsstaatlichen Kriterien eher bestehen kann als die gefürchtete *DINA*. Zu Beginn des Jahres (28. Januar) war dem Sender der Christdemokraten „Radio Balmaceda“ endgültig die Sendeerlaubnis entzogen worden. In der zweiten Jahreshälfte nahm die Zahl der Nacht- und Nebel-Verhaftungen, der Verschleppungen an unbekannte Orte merklich ab – das „Solidaritätsvikariat“ der Erzdiözese Santiago meldete keinen neuen Fall von ‚Desaparecidos‘ (Verschwundenen) –, jedoch machten die Militärbehörden wieder häufiger von der in den Notstandsgesetzen vorgesehenen Verbannung (meist in den Norden des Landes oder ins Ausland) Gebrauch. In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage berief sich die Bundesregierung laut Bundestagsprotokoll vom 14. 12. 77 auf den Bericht der Chile-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission (Allana-Bericht). Danach befinden sich 341 Personen *aus politischen Gründen in Haft* oder Verbannung; die *Zahl der nachgewiesenen Fälle von Verschollenen* wird mit 741 angegeben. Daß Pinochet seinen Regierungsstil nur unwesentlich geändert hat, mögen die folgenden Fakten belegen: Am 23. November wurde *Haftbefehl gegen sieben Gewerkschaftsführer* erlassen; Anlaß für die Verhaftung und die Deportation in den äußersten Norden der chilenischen

Kordilleren waren Arbeiterunruhen im Kupferbergwerk El Teniente. In einem Gespräch mit dem Organ der CDU-Sozialausschüsse „Soziale Ordnung“ nannte der nach seiner Rückkehr vom Kongreß der lateinamerikanischen Arbeitnehmer CLAT in Costa Rica deportierte Vorsitzende der chilenischen Hafentarbeiter-Gewerkschaft, *Carlos Frez Rojo*, als Grund für das scharfe Vorgehen der Regierung das Eintreten der Gewerkschafter für die sich verschlechternden wirtschaftlichen Belange der Arbeiter: „Der Regierung geht es nur darum, zu verbergen, in welcher schwieriger Situation das Volk lebt... Frauen, Kinder, die Marginalisierten (Randbevölkerung) und die Kleinbauern“ (Soziale Ordnung, 7. 12. 77). Aus Anlaß des Weihnachtsfestes hob General Pinochet die Verbanung dann auf.

Die *Auflösung eines Gewerkschafter-Treffens* in dem katholischen Exerzitienhaus Francisco Javier in Santiago und die anschließende Hausdurchsuchung hatten zum gleichen Zeitpunkt zu einer Kontroverse zwischen Präsident Pinochet und dem Erzbischof von Santiago, Kardinal *Raúl Silva Henríquez*, geführt. Der Kardinal ging in seiner Presseverlautbarung auf das Recht auf freie Gewerkschaftstätigkeit ein. Zu den Ankündigungen Pinochets, anstelle von Gewerkschaften solle ein „Arbeitsrat“ zur Lösung sozialer Konflikte eingesetzt werden, betonte Silva, die Außerkraftsetzung oder Erschwerung „unwiderruflicher gewerkschaftlicher Rechte“ sei ein „Faktor der Unordnung und der nationalen Unsicherheit“. Pinochet rückte seinerseits das kirchliche Solidaritätsvikariat in die Nähe der Kommunisten. („Ich frage mich: Solidarität mit wem? Mit den Kommunisten oder mit unserem Land?“ – Zit. nach DIAL, 5. 1. 78.) Überhaupt verrät sein *zunehmend rücksichtsloser Umgang mit Kritikern* erstaunliche Selbstsicherheit und wachsendes Machtstreben auch innerhalb der Junta. So versetzte er beispielsweise den Leiter der Normenkontrollbehörde, *Hector Humeres*, kurzerhand in den Ruhestand, als dieser Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Referendums äußerte. Der genehme Nachfolger bestätigte diese dann wunschgemäß.

„Wirtschaftswunder und kultureller Abstieg“

In der nationalen *Wirtschaft* brachte das Jahr 1977 einen unbestreitbaren Aufschwung. Getreu den rigorosen liberalistischen Thesen des Chicagoer Wirtschaftswissenschaftlers *Milton Friedman* setzte die Junta ausschließlich auf die Öffnung des Marktes und die Privatwirtschaft. Daß diese Politik die reiche Oberschicht in unvergleichbar höherem Maß begünstigt, gehört zu den von Pinochet geforderten „sozialen Opfern“. Erst im Laufe des Jahres 1977 bewogen massive Proteste und Unruhen unter der am chilenischen „Wirtschaftswunder“ (Pinochet) nicht beteiligten Bevölkerungsmehrheit die Regierung zu Zusagen hinsichtlich einer Verbesserung des Lebensstandards für die breite Bevölkerung. Bereits 1976 war Generalstabschef

Arellano aus Protest gegen die ausbeuterische Wirtschaftspolitik zurückgetreten. Auch die katholischen Bischöfe Chiles sprachen sich unter Berufung auf das Lehramt der Kirche mehrmals gegen die Anwendung von Wirtschaftsprinzipien aus, die den Menschen in den Dienst der Ökonomie stellen.

Die durch niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit bedingte materielle Verarmung des Volkes hat einem Beitrag in „Mensaje“ zufolge bereits eine „*moralische Verarmung*“ bewirkt. Das soziale Gefüge sei vor allem im Familienbereich durch Faktoren wie anhaltende Existenzangst, Unterernährung, entwürdigende Gelegenheitsarbeiten, die über Jahre die Existenzgrundlage einer Familie bilden, tief gestört.

Es gibt Beobachter der politischen Entwicklung und des sozialen Umfeldes in Chile, die in diesen durch andauernde wirtschaftliche Not bedingten gesellschaftlichen Veränderungen *die eigentliche Gefahr* für die Zukunft des Landes sehen. Sie registrieren zudem einen *kulturellen Abstieg*, den sie als Spätfolge der Militärherrschaft für verhängnisvoller halten als die offensichtlichen Übertretungen von Menschen- und Bürgerrechten durch das Regime. Universitäten unter direkter militärischer Kontrolle und die Flucht der geistigen Elite ins Ausland haben nach Meinung dieser Beobachter eine kulturelle Verarmung in Gang gesetzt, die aufzuhalten nicht nur eine Liberalisierung des politischen Systems erfordert, sondern auch ein hohes Maß an Eigeninitiative aus dem Volk. Während Präsident Pinochet sein Volk jahrelang nach militärischen Kriterien erzog und den permanenten konterrevolutionären Kampf predigt, sanken beispielsweise die Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt auf 534 im Jahre 1976 (zum Vergleich: 1965 waren es 1497; allein die „Editorial Ercilla“ verlegte seit 1933 durchschnittlich einen Titel täglich). Während Pinochet das Volk unablässig zum „Kampf gegen den äußeren und inneren Feind Chiles“ mobilisierte, verringerte sich der Import von Büchern und Zeitschriften auf ein Viertel (Vergleichsjahr: 1970). Zusätzlich ließ die Junta Druckerzeugnisse hoch besteuern, so daß ein Buch in Chile derzeit dreimal so teuer verkauft wird als etwa in den USA. Inzwischen sind selbst staatliche Stellen alarmiert; sie bereiten die Gründung von Bildungseinrichtungen wie Bibliotheken usw. vor. Demgegenüber erscheint die auf *individuellen Wohlstand*, freien Wettbewerb und Konsum gründende wirtschaftliche Konzeption geeignet, als absolut erstrebenswerte Lebensqualität an die Stelle anderer (vernachlässigter) Werte zu treten. Diesem Trend wäre vor allem die *chilenische Jugend* ausgesetzt, die mit 2,2 Millionen (zwischen 15 und 24 Jahren) ein Drittel der Gesamtbevölkerung stellt. Die unter Salvador Allende stark politisch engagierte chilenische Jugend wandelte sich Mitte der siebziger Jahre zu einer (unfreiwillig) unpolitischen sozialen Gruppe, die sich unter dem Druck des Regimes auch noch mehr und mehr desorganisierte. Das überall Opposition und damit Subversion witternde Regime hat die Zahl und die Stärke florierender Jugendorganisationen auf ein Minimum absinken lassen. Als Indiz dafür, daß sich ein Teil der Jugendlichen der neuen

Situation bewußt ist, mag eine von 10000 jungen Katholiken aus der Hauptstadt an ihre Altersgenossen und an das chilenische Volk gerichtete Botschaft gelten, in der es heißt: „Statt uns als Brüder zusammenschließen, trennt die Gesellschaft uns, indem sie eine übergroße Mehrheit von armen und weiter verarmenden Chilenen und eine kleine Minderheit reicher und immer reicherer Chilenen hervorbringt“ (Mensaje, Januar/Februar 1978).

Pinochet gewonnen, Chile verloren?

Nach der Volksabstimmung kursierte unter der chilenischen Opposition der Satz: „Pinochet hat gewonnen, Chile verloren.“ Die mit der Lenkung des Staates offensichtlich überforderten Militärs haben ihre Macht zweifellos festigen können. Die ersten Reaktionen des Präsidenten nach seinem „Sieg“, die Ankündigung „keine Wahlen

vor 1986“ und die *Verbannung von zwölf christdemokratischen Politikern* in den Norden des Landes, deuten darauf hin, daß er sich mit der Demokratisierung und vermutlich auch mit einer Liberalisierung des Systems Zeit lassen wird. Dem Andenstaat ist ein Erstarren der traditionellen demokratischen Kräfte im Innern, weniger schrille Chile-Verurteilungen aus dem Ausland und statt dessen eine um Objektivität bemühte Solidarität des demokratischen Auslandes mit den demokratischen Kräften dort zu wünschen. Jüngste Äußerungen deutscher Regierungspolitiker jedoch, nach denen das Regime faschistisch, die Chilenen Masochisten seien und Pinochet sich mit Folter, Mord und KZ an der Macht halte, wurden von der regime-nahen Presse in Chile bereitwillig aufgegriffen; sie sind geeignet, Volk und Militär einander näherzubringen und stellen mit ihrer Negativwirkung die Chile-Äußerungen des CSU-Vorsitzenden noch in den Schatten.

Gabriele Baums-Burchardt

Kurzinformationen

Der herausragende Beschluß der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 13. bis 16. Februar in Ludwigshafen war die endgültige Verabschiedung der Einheitsübersetzung des Alten und Neuen Testaments. Diese war 1962, im Jahr des Konzilsbeginns, von den Bischöfen beauftragt worden. In den 16 Jahren seither waren über 100 Mitarbeiter daran tätig. 1972 und 1974 wurden die vorläufigen Endfassungen des Neuen und des Alten Testaments veröffentlicht. Während der dadurch ausgelösten fachlichen und öffentlichen Diskussion sind zum Neuen Testament rund 12000, zum Alten Testament noch ca. 5000 Verbesserungsvorschläge eingegangen. Die Endredaktion stand unter der Leitung von Weihbischof Plöger (Altes) und von Bischof Eduard Schick (Neues Testament). An der sprachlichen Gestaltung haben neben den Fachleuten der Bibelwissenschaft Liturgiker, Katechetiker und Germanisten mitgewirkt. Die Einheitsübersetzung wird in den deutschen Diözesen als *kirchenamtlicher Text* eingeführt. Sie ist also überall dort zu benutzen, wo die Heilige Schrift (in Schule, Liturgie und Verkündigung) offiziell verwendet wird. Die Einheitsübersetzung dürfte auch für das Verhältnis der katholischen und evangelischen Kirche in Deutschland von Bedeutung sein. Die Mitarbeit des Rates der EKD war seit 1968 partiell (Psalmen, Evangelien, Römer- und Galaterbrief); in der Endphase wurde sie auf das gesamte Neue Testament ausgedehnt. In der in Ludwigshafen veröffentlichten Presseerklärung der Bischofskonferenz heißt es in bezug auf die künftige Verwendung des Textes in beiden Kirchen: „Die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz nimmt dankbar zur Kenntnis, daß die Evangelische Kirche die Einheitsübersetzung des Neuen Testaments neben der Lutherübersetzung für den kirchlichen Gebrauch empfehlen will. Die Deutsche Bischofskonferenz geht davon aus, daß künftig bei ökumenischen Gottesdiensten oder außerkirchlichen Anlässen die neue Einheitsübersetzung verwendet wird.“ Mit der Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift wurde auch das *Deutsche Stun-*

denbuch (im wesentlichen eine Übersetzung des neuen römischen Breviers) verabschiedet. Vorgesehen ist eine Ausgabe in drei Bänden; sie soll noch Ende dieses Jahres erscheinen. – Unter den zahlreichen anderen Themen der Vollversammlung war die Verabschiedung der *Rahmenordnung für die Priesterausbildung* – in den Grundzügen war diese bereits im September 1977 gebilligt worden – von einem besonderen Rang. Der größte Teil ist der Ausbildung der Theologiestudenten gewidmet. Bemerkenswert ist aber eine Dreiteilung der gesamten Priesterausbildung. Der ersten Phase (Theologiestudium) soll eine zweite Phase der unmittelbaren Vorbereitung auf die Diakon- und Priesterweihe folgen. Die dritte Phase umschreibt die Fortbildung des Klerus. Beraten wurde auch über das Thema *Religionsunterricht und Katechese* sowie über *ökumenische Fragen*. Unter den gesellschaftlichen Themen fiel neben einer nochmaligen Debatte über den Terrorismus nur eine Erklärung des Vorsitzenden, Kardinal Höffner, zu den *Menschenrechten* auf. Über die *ausländischen Arbeitnehmer* soll im Herbst anläßlich des von den Kirchen gemeinsam begangenen „Tages des ausländischen Mitbürgers“ ein eigenes „Gemeinsames Wort“ veröffentlicht werden. Interessant war auch ein knapper Hinweis auf die „*Gemeinsame Synode*“. Es seien die Konsequenzen für Diözesen und Gemeinden erörtert worden. Die Vollversammlung werde nach Vorliegen der Ergebnisse einer von der „Gemeinsamen Konferenz“ angeregten Umfrage in allen Diözesen „die Verwirklichung der Synodenbeschlüsse erneut aufgreifen“. Auf die Erklärung zum Fall Küng werden wir in anderem Zusammenhang noch zurückkommen.

Papst Paul VI. hat anläßlich der Weltgebetsoktav für die Einheit der Christen mehrfach zur Bemühung um die Wiederherstellung der christlichen Einheit aufgerufen. An zwei Sonntagen hintereinander – vor Beginn und in der Mitte der Gebetswoche – mahnte er bei seinen kurzen Mittagsansprachen